



Änderungsantrag

der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

zum Antrag der CDU „Europäische Solidarität notwendig – Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen“

Drucksache 18/ 1430

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass es in Schleswig-Holstein in enger Kooperation mit den für Ausbildung zuständigen Kammern bereits Ausbildungsinitiativen für junge Menschen aus den südeuropäischen EU-Staaten, in denen die Jugendarbeitslosigkeit aufgrund der europäischen Krise besonders hoch ist, gibt.

Er bittet die Landesregierung in der 18. Tagung mündlich über bestehende Initiativen und Programme, deren Finanzierung und (soweit vorhanden) Evaluierungen zu berichten.

Begründung:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa hat in mehreren Staaten der Gemeinschaft zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt, und das insbesondere bei den jungen Menschen. Laut International Labour Organisation (ILO) sind derzeit 7,2 Mio. Jugendliche unter 25 Jahre ohne Arbeit. Dieses ist sozial nicht vertretbar. Enttäuschung und Frustration von Jugendlichen, die für ihre weitere berufliche Zukunft keine ausreichende Perspektive sehen können, wirken sich außerdem auf die Wirtschaftskraft und den Zusammenhalt in Europa aus.

Deutschland blieb von dieser Entwicklung aus verschiedenen Gründen verschont. Hier werden inzwischen junge Auszubildende und Fachkräfte gesucht.

Die europäische Solidarität macht es erforderlich, dass die Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen aktiv werden. Dazu leistet auch das Land Schleswig-Holstein seinen Beitrag.

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW